

Bezugspreis:
Vierteljährlich 30.— M., monatlich 10.— M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— M., einjährig 100.— M., halbjährig 50.— M., einschließlich der Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Rheingebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Österreich, Ungarn und Rumänien 20.— M., für das übrige Ausland 27.— M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Rumänien, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Bett“, der Unterhaltungsbeilage „Seimweil“ und der Beilage „Erdung und Ringarten“ erscheint wöchentlich zweimal, Samstags und Montags einmal.

Telefonnummern:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197

Dienstag, den 17. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11763-64

Anzeigenpreis:
Die abgelaufenen Anzeigenpreise betragen 1,20 M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 1,20 M. (unabhängig vom fertigen Wort) jedes weitere Wort 1.— M. Stellengrüßchen und Schlußformulierungen das erste Wort 1.— M., jedes weitere Wort 50 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Preis 1.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Levertungsmitteln.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schließen um 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Die Kammerwahlen in Italien.

Rom, 17. Mai. (EP.) Am Mitternacht wurde das Ergebnis der Kammerwahlen wie folgt bekannt: Liberale und Demokraten (Regierungsbund) 240 bis 285, Sozialisten 90 bis 110, Kommunisten 10 bis 15, katholische Volkspartei 95 bis 105, Fascinisten und Nationalisten 25 bis 35.

Rom, 17. Mai. (EE.) Die Wahlbeteiligung in Italien schwankt nach den jüngsten Schätzungen zwischen 70 und 90 Proz. In fast allen Wahlkreisen von Triest trägt der Regierungsbund den Sieg davon. Das endgültige Resultat wird aber erst am Donnerstag bekanntgegeben werden. In den größeren Städten hat der Regierungsbund ebenfalls gesiegt. In Ferrara und Bologna enthielten sich die Sozialisten überhaupt der Wahl. Der zum Nachfolger Giolittis ausersehene Salandra wurde wiedergewählt. Auch Nitti, den man ursprünglich geschlagen glaubte, ist mit seiner Liste zwar gescheitert, er selbst aber ist wiedergewählt worden. Die Sozialisten behaupten sich in Mailand. In Genua hat der Regierungsbund eine kleinere Anzahl von Stimmen als die Sozialisten, Reformisten und Kommunisten zusammen. Die Reformisten dürften dort vielleicht drei Sitze erreichen. Die Niederlage der Kommunisten ist vollständig, allerdings scheint ihr Führer Tomba in Triest gewählt zu sein. In den von Österreich annektierten Gebieten regierten überall die Sozialisten. Nur im Hochschgebirge gewannen die Deutschen 4 Sitze.

Rom, 17. Mai. (EP.) Die weiter eingelaufenen Berichte bestätigen den Sieg des nationalen Blockes in Rom, Florenz, Neapel und kleineren Orten. Auffallend ist der Sieg der Verfassungskommunisten in Turin, wo bisher eine sozialistische Mehrheit war. In der Provinz Ferrara, wo bei den letzten Wahlen mehr als die Hälfte sozialistische Stimmen abgaben, erhielten die Listen des bürgerlichen Blockes mit dem Faschistenführer Mussolini an der Spitze rund 56 000 Stimmen gegen 14 000 Stimmen der Sozialisten und Kommunisten zusammen. In Mailand wurden abgegeben: sozialistische Stimmen 65 800, nationaler Block 48 000, Katholiken 12 000, Kommunisten 4000.

Rom, 17. Mai. (EP.) Trotz der Vorsichtsmaßnahmen der Behörden ist es bei den Wahlen in einigen Ortschaften zu blutigen Zusammenstößen gekommen, bei welchen es Tote und Verwundete gab. In Friaun wurden Fascinisten und slavische Bauern überfallen und einige getötet. In den folgenden Kämpfen gab es zahlreiche Verwundete. In der Provinz Mantua kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Fascinisten und Kommunisten, wobei 2 Personen getötet und 5 schwer verletzt wurden. Auch in der Gegend des Vesuvius gab es mehrere Tote und Verwundete.

Ententekonferenz in Ostende

Paris, 17. Mai. (WB.) Wie der „Intransigent“ berichtet, wird die nächste Sitzung des Obersten Rates wahrscheinlich in Ostende stattfinden. Auf der Tagesordnung werde in erster Linie die oberschlesische Frage stehen, aber die Alliierten würden bei dieser Gelegenheit auch gewisse Einzelheiten über die Flüssigmachung der deutschen Obligationen klarzustellen versuchen. Diese Frage gehöre eigentlich zu den Kompetenzen des Reparationsausschusses, aber die alliierten Regierungen verziehen sie nichtsdestoweniger nicht aus dem Auge. Dazu komme die Entlassung Deutschlands. Ministerpräsident Briand werde zu dieser Konferenz mit einem Antrag der französischen Kammer gehen, in dem die Wünsche des Landes einen bestimmten Ausdruck fänden. — Das Blatt sagt an einer anderen Stelle, der Oberste Rat werde kommenden Montag wieder zusammentreten.

Rückzug Lloyd Georges?

London, 17. Mai. (WB.) „Daily Express“ zufolge ist Frankreich ein neues Memorandum der englischen Regierung zugesandt worden, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Rede Lloyd Georges in Frankreich augenscheinlich mißverstanden worden sei, insbesondere seine Erklärung bezüglich der Geläubnis, die Deutschland erhalten solle, in Oberschlesien einzuzugreifen. Das Blatt sagt weiter, die englische Regierung wolle, daß alle möglichen Schritte unternommen würden, um die Erfüllung des Friedensvertrages zu sichern, sowohl durch die Polen als auch die Deutschen.

Lloyd Georges' Presse.

London, 16. Mai. (WB.) Der politische Berichterstatter der „Sunday Times“ schreibt, das politische Hauptereignis der Woche sei Lloyd Georges' Vortrag über die offene Herausforderung des Versailler Vertrages durch die Polen. Lloyd George sei vollkommen bereit, wenn Europa nichts unternähme, um den Polen Einhalt zu gebieten, Deutschland das Mandat dazu zu verleihen. Gegen Rußland werde er denselben Grundsatz für Polen anzuwenden. „Sunday Times“ zufolge ist es sehr gut möglich, daß die Rede Lloyd Georges am Freitag, die, wie allgemein anerkannt wird, eine der offensten und besten war, die er je gehalten hat, zu einer Annäherung zwischen Churchill und Lloyd George führen wird. Churchill sei von jeher dafür gewesen, Deutschland in Osteuropa zu gebrauchen, und der Hauptgrund in der

Rede Lloyd Georges am Freitag sei gewesen, daß man vielleicht schließlich soweit kommen werde.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Observer“ schreibt, die Taktik der französisch-polnischen Diplomatie gegen Deutschland habe einen Punkt erreicht, wo keine britische Regierung sich länger ruhig verhalten könne. Die Gefahren, die jedoch nach Ansicht der britischen Regierung aus einem englisch-französischen Bruch entstehen würden, seien jetzt weniger groß als der tatsächliche Schaden, der bereits durch den Entschluß der Franzosen, koste es, was es wolle, Deutschland im Osten und Westen zu vernichten, angerichtet worden sei. „Observer“ betrachtet die Rede Lloyd Georges im Unterhause über Oberschlesien als den wichtigsten diplomatischen Schritt innerhalb der Entente seit 1918.

Amerikas Haltung.

Paris, 17. Mai. (WB.) Der „Chicago Tribune“ wird von ihrem Sonderberichterstatter aus Washington gemeldet, daß gewisse Anzeichen dafür vorliegen, daß die amtlichen Kreise mit den Äußerungen Lloyd Georges im Unterhause am vorigen Freitag sympathisieren. Es sei jedoch unrecht, daß er sich so heftig ausgedrückt habe, weil das Uneinigkeit zwischen Frankreich und England hervorruft. In Washington werde es für wichtiger gehalten, daß die Einigkeit zwischen England und Frankreich wiederhergestellt, als daß die oberschlesische Frage geregelt werde. Die Stellungnahme Washingtons werde wahrscheinlich inoffiziell bleiben und mittels moralischer Unterstützung die Lage beeinflussen.

Paris, 17. Mai. Havas meldet aus Washington: Nach Nachrichten aus amtlichen Kreisen erklärt man, daß die amerikanische Regierung die oberschlesische Frage für eine Angelegenheit von nur europäischem Interesse halte. Man glaube in gut unterrichteten Kreisen, daß die amerikanische Regierung keinerlei Stellung zu dieser Frage nehmen wird und daß sie bis jetzt keinerlei Maßnahme getroffen hat, von der man annehmen könnte, daß sie entweder zur französischen oder zur englischen Auffassung neige. Da es jedoch der Wunsch des amerikanischen Volkes ist, daß das Leben in Europa wieder normal werde, so ist die öffentliche Meinung der Ansicht, daß die amerikanische Regierung, wenn sich ein günstiger Augenblick dazu bietet, eingreifen werde, um die beiden Standpunkte zu vereinigen. Man glaubt jedoch, daß eine Lösung ohne Amerika gefunden werden wird.

Amerika für Lloyd George.

London, 17. Mai. (WB.) Wie aus New York berichtet wird, hofft die amerikanische Presse, daß die Unterhausrede Lloyd Georges über Oberschlesien die Luft reinigen werde. „New York World“ glaubt, daß die Worte des britischen Premierministers ebenso an die Franzosen wie an die Polen gerichtet waren. Das Blatt schreibt: Wenn nicht durch die Festigkeit einer internationalen Autorität, die den Schiffsbruch des Krieges überdauert hat, das Vertrauen wiederhergestellt wird, dann werden die Folgen furchtbar sein. „New York Times“ erklärt, Polen habe kein anderes Recht auf Oberschlesien als das, welches der Friedensvertrag ihm gibt. „New York Globe“ schreibt, die Alliierten seien ebenso verpflichtet, Deutschland gegen einen ungerichten polnischen Angriff zu schützen, wie umgekehrt.

Wie weiter gemeldet wird, verfolgen die Regierungskreise in Washington die Lage mit Aufmerksamkeit.

Die Unzufriedenheit mit Le Rond.

Paris, 17. Mai. (WB.) Der Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ in Opatowitz meldet seinem Blatt, der Kommandeur der englischen Truppen im Bezirk von Beuthen habe seine Entlassung angeboten, weil er seine Stellung als unhaltbar ansehe und sich als überflüssig betrachte. Britische und italienische Offiziere hätten ihrer Scham und Enttäuschung über den militärischen Erfolg der polnischen Aufständischen offen Ausdruck gegeben. Ein britischer Offizier habe geäußert, die Deutschen hätten gewiß Recht, wenn sie erklärten, die Verbündeten hätten Verrat an ihnen, wenn sie die Entwaffneten auf Gnade oder Ungnade den Polen ausliefern. Ein italienischer Offizier habe festgestellt, daß der französische General De Brones täglich mit Korsantys verhandelt habe, während italienische Offiziere und Mannschaften von der Hand der Soldaten Korsantys gefallen seien.

Ein Schritt in den Ententehauptstädten.

Die deutsche Regierung ist in London wie auch in Paris und Rom wegen der Vorgänge in Oberschlesien unter Beibringung einwandfreien Materials vorstellig geworden, das sich auch auf die Quellen bezieht, aus denen der polnische Aufstand in Oberschlesien genährt worden ist.

Beurteilung der Gewelberger Bag' In der Verhandlung des Sondergerichts wurde gegen die Gewelberger Bantrüber, die während der letzten kommunistischen Unruhen 200 000 M. aus der Gewelberger Reichsbankentkennung raubten, verhandelt. Der Haupttrübsführer erhielt vier Jahre Zuchthaus.

Dem Chaos entgegen!

Noch nicht zwei Jahre sind es her, daß die Vertreter von 28 Staaten ein Dokument unterzeichneten, in dem es hieß: „Mit dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages nimmt der Kriegszustand ein Ende“. In Wirklichkeit hat seitdem Europa aber nur in einem Zustand zwischen Frieden und Krieg gelebt wie zwischen Schlafen und Wachen. Gar nicht zu reden von den Kriegen, die in dieser Zeit in Osteuropa und in Vorderasien geführt wurden, auch das Zentrum unseres Erdteils war immer wieder von vulkanischen Ausbrüchen der Gewaltpolitik bedroht. Die Befestigung des Maringoes durch die Franzosen, die wieder rückgängig gemacht wurde, die Befestigung von Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort, das Ultimatum der Entente mit der angebotenen Befestigung des Ruhrreviers, schließlich der polnisch-französischen Annapolisputsch in Oberschlesien, das alles waren Tatsachen, die der Behauptung, der Kriegszustand habe ein Ende genommen, Hohn sprachen.

Heute führen die französische und polnische Presse auf der einen Seite, die englische und die italienische auf der anderen eine Sprache gegeneinander, wie man sie sonst nur vor dem Ausbruch eines neuen Krieges zu hören gewohnt war. Die Entente, die noch vor wenigen Tagen geschlossen gegen Deutschland stand, nachdem noch einmal mit großer Mühe ein Kompromiß der einander widerstreitenden Interessen gelungen war, zeigt sich so tief gespalten, daß es geradezu alldeutscher „Staatskunst“ bedürfte, um sie wieder zusammenzubringen.

Wenn die Weltgeschichte nichts anderes als ein Schachspiel machtpolitischer Interessen ist, der mag in dieser plötzlich zutage tretenden Veränderung nichts als eine Erleichterung der Lage Deutschlands erblicken. Für den aber, dem die Vermeidung neuen Blutvergießens unter den Völkern, die Schaffung einer dauernd gesicherten Rechtsordnung in Europa eine heilige Angelegenheit ist, hat die Sache auch noch eine andere bedeutliche Seite. Denn nachdem der Versuch, durch den Frieden von Versailles eine solche Rechtsordnung zu schaffen, offenbar gescheitert ist, droht das Faustrecht im Völkerverkehr wieder ganz die Oberhand zu gewinnen, scheinen sich Zustände zu entwickeln, die notwendigerweise zum Untergang Europas führen müssen.

Der Vertrag von Versailles spricht von den „assoziierten und alliierten Regierungen“ auf der einen Seite, von der deutschen Regierung auf der andern als von den beiden Vertragsteilen. Der Ausdruck „assoziierte und alliierte Regierungen“ war gewählt worden, weil zwischen der europäischen Entente und Amerika eine eigentliche Allianz nicht bestand. Gleich nach dem Friedensschluß löste Amerika seine „Assoziation“ mit Europa, und jetzt zeigt sich, daß auch die europäische Allianz nur noch eine geschichtliche Größe ist. Es gibt eine „keine Entente“, aus der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien bestehend, und es gibt ein französisch-polnisches Bündnis, das mit dem ersten Teil des Friedensvertrages (Völkerbund) unvereinbar ist. Aber daß es noch „alliierte Regierungen“ im Sinne des Friedensvertrages gibt, oder gar, daß es sie solange geben wird, als ihnen die gemeinsame Aufgabe zufällt, den Friedensvertrag auszuführen, ist im höchsten Grade unwahrscheinlich.

Zur Ausführung des Friedensvertrages ist noch sehr viel zu tun, was ein gemeinsames, einverständliches Handeln der Alliierten erfordern würde. Das erste ist Oberschlesien. Hier soll ein Ernst gefaßt werden, der auf Grund positiver, unparteiischer Erwägungen über das fernere staatliche Schicksal des Landes entscheidet. Die Spruchkommission befindet sich aber im Zustand des schärfsten innern Haders, geradezu in dem des Zerfalls. Sollte sie wirklich noch zu einer einheitlichen Entscheidung kommen — etwa aus der Erwägung heraus, daß ein schlechtes Kompromiß besser sei als ein neuer europäischer Krieg — wem will man zumuten, nach allem Vorgefallenen diese Entscheidung als den Spruch unparteiischer Gerechtigkeit hinzunehmen? So ist zu fürchten, daß sich die oberschlesische Wunde am Leibe Europas so bald nicht schließen wird.

Die nächste Frage ist die der sogenannten „Sanktionen“. England und Italien erkennen die Selbstverständlichkeit an, daß die Befestigung von Düsseldorf-Duisburg-Ruhrort, der Rheinzoll und die mit ihm gleichzeitig verhängte Ausfuhrabgabe nach der Annahme des Ultimatus durch Deutschland rückgängig zu machen seien. Frankreich vertritt den entgegengesetzten Standpunkt. Eine zwischen beiden Parteien entscheidende Instanz gibt es aber nicht, es wäre denn, man würde das Vorliegen einer Streitfrage annehmen, die zum Bruch führen könnte, und den Völkerbund anrufen. Ist aber der Völkerbund, wie er durch den Frieden von Versailles geschaffen wurde, wirklich eine Einrichtung, die geeignet ist, den Frieden der Welt zu verbürgen? Die Antwort auf diese Frage ist wohl der einzige Punkt, in dem sich die ganze Welt einigt.

Nach der Völkerbundakte soll die Entwaffnung Deutschlands nur das Vorpiel einer allgemeinen Entwaffnung

nung sein. So entschieden wir für die Entwaffnung Deutschlands eintreten, so ist es doch sicher auf die Dauer ein unmöglicher Zustand, daß von den Völkern Europas ein einziges abrüstet, während die anderen in Waffen starren. Auch hier erhebt sich eine Streitfrage, zu deren Entscheidung nach dem Verfall der Entente jede Instanz fehlt.

Nicht minder kritisch steht es um die Arbeit der Reparationskommission und des nach den neuesten Bedingungen einzusehenden Garantiekomitees. Sie erfordern für dreißig, vierzig Jahre ein einträchtiges Zusammenarbeiten der in ihnen vertretenen Mächte. So soll, um nur Wichtigstes hervorzuheben, die Reparationskommission die Leistungsfähigkeit Deutschlands von Zeit zu Zeit prüfen, sie soll ermächtigt sein, die Fristen auszudehnen und die Tilgungsarten zu ändern. Wie soll darüber eine Einigung erzielt werden, wenn die Gegenfälle immer weiter auseinanderklaffen?

Es folgen — die Liste beansprucht nicht, erschöpfend zu sein — die Fragen, die sich ergeben werden, wenn die Termine für die Räumung des besetzten Gebiets und die Entscheidung über das Saarland fällig werden. Wie soll es werden, wenn hier und überall Frankreich den Standpunkt geltend macht, den die Pariser Nationalistenpresse heute schon mit unverhüllter Brutalität vertritt: „England hat in Europa nur Worte, Frankreich aber hat Soldaten“?

Schon die Londoner Kompromißverhandlungen sind von Frankreich mit der offenen Drohung begleitet worden, wenn es von seinen Verbündeten im Stich gelassen werde, dann werde es „sich selber Recht verschaffen“, das heißt, auf die Macht seiner Bajonette gefüßt, tun, was ihm beliebt. Das ist die Proklamtion des Faustrechts an Stelle ebenjener internationalen Rechtsordnung, die der Vertrag von Versailles vergeblich zu schaffen versucht hat, die abgesehen von den heiligen Pflichten, die sie Deutschland auferlegt, niemals bestanden hat und deren Reste sich heute in voller Auflösung befinden.

Das entwaffnete, mit unermesslichen wirtschaftlichen Lasten besetzte Deutschland hat aber ein Recht auf eine internationale friedliche Ordnung, die allein ihm Sicherheit und Ruhe und die Kraft, seine Lasten zu tragen, geben kann. Und dieses Recht Deutschlands ist zugleich auch ein Recht der gesamten europäischen Menschheit, die zu den unendlichen Opfern des Weltkriegs immer wieder durch das Versprechen ermuntert worden ist, nach ihm werde der wirkliche Frieden beginnen.

Dieser wirkliche Frieden wo ist er? Die Zustände Europas sind zerrissener und gefährlicher als in den Jahren, die dem Ausbruch des Weltkriegs vorangingen. Wo ist die Hand, die uns von den Abgründen, an den wir entlang taumeln, zurückreißt? Möge die sozialistische Arbeiterinternationale sich dieser gefährlichen Zustände bewußt werden, und ihre ganze Kraft auf das Ziel konzentrieren, in das europäische Chaos Ordnung zu bringen. Nachdem der Friedenskongreß von Versailles so elend gescheitert ist, bleibt nur noch die Hoffnung, daß einem neuen Völkertag, der alle Nationen als Gleichberechtigte vereinigt, gelingen könnte, was den Diplomaten von Versailles mißlungen ist. Trägt auch diese Hoffnung, dann liegt die Zukunft Europas dunkel vor uns!

Das Möglichste!

In seiner Zeitschrift „Der Reichswart“ polemisiert Graf Reventlow gegen die Unterzeichner des Ultimatums mit Argumenten, die einer gewissen Originalität nicht entbehren, weil sie letzten Endes die Unterzeichnung rechtfertigen. Nach Reventlow ist das Ultimatum unausführbar, aber nicht wegen der Geldleistungen, sondern wegen der geforderten Entwaffnung und Bestrafung der Kriegsverbrecher. Graf Reventlow schreibt:

Es ist auffallend, aber verständlich genug, daß die gesamte Unterzeichnerpresse bei ihren Beweisgründen für die Unterzeichnung kein Wort findet für die ausdrückliche Forderung der Feinde: einer sofortigen Cessation des Verfahrens gegen die sogenannten Kriegsverbrecher und einer sofortigen Durchführung der

Entwaffnung. Diese Forderung, ebenso wie die neue Regierung, weiß, daß beides nicht möglich ist (11), und weiß auch, daß die Franzosen aller Wahrscheinlichkeit nach höchstens eine kleine Anzahl abwarten, um zu erklären, Deutschland habe wieder seine Verpflichtungen böswillig unerfüllt gelassen und nun blieben nur neue „Sanktionen“ übrig. Unter solchen Umständen etwas schlechthin Anerkanntes bindend zu versprechen, das können nur Hahndreie auf sich nehmen, welche obendrein die Zuversicht besitzen, den unauferlegten Waffen auch im Falle der Katastrophe beizubringen, die Nachgiebigkeit und die Unterzeichnung des Unerfüllbaren sei trotzdem das einzig richtige gewesen.

Wenn die Bestrafung der Kriegsverbrecher und die Entwaffnung die schwersten Punkte des Ultimatums sein sollen, dann brauchte niemand um seine Ausführung bange zu sein. Warum soll die Aburteilung der Kriegsverbrecher unmöglich sein, nachdem die deutsche Justiz doch eben gezeigt hat, daß sie in noch nicht sechs Wochen etwa tausend Personen aus den Märzunruhen aburteilen konnte? Und was die Entwaffnung anbelangt, so braucht die Regierung nur gegen alle, die nicht abliefern wollen, mit genau derselben Schärfe und genau denselben Mitteln vorzugehen, wie etwa gegen die Auführer in Mitteldeutschland, und Graf Reventlow wird sehen, daß all seine für unmöglich gehaltenen Dinge sich in kürzester Zeit erledigen lassen.

Wenn Graf Reventlow und seine Kreise uns obendrein noch dabei helfen würden, den Leuten, die durch Widerstand gegen die Entwaffnung und die Aburteilung der Kriegsverbrecher die Gefahr einer französischen Invasion heraufbeschwören, ihr verbrecherisches Treiben klarzumachen, dann wäre das ganze ein Kinderpiel. Leider aber scheint es, daß die alldeutschen Kreise die Unmöglichkeit, auf die sie sich berufen, erst durch ihre Agitation zu schaffen bestrebt sind!

Wenn Sozialisten regieren.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben: Einige Jochen über den bisherigen Verlauf der Entwaffnungsaktion im Freistaat Braunschweig, wo bekanntlich seit langem eine sozialistische Landtagsmehrheit und ein rein sozialistisches Ministerium besteht, dürften die deutsche Öffentlichkeit interessieren. Es sind — um nur die wichtigsten Arten von Schußwaffen anzuführen — bis jetzt erfasst und abgeliefert worden:

21 000 Gewehre,
100 Maschinengewehre,
300 000 Schuß Munition.

Da die Gesamtbevölkerung des Freistaats nur rund 450 000 Personen, darunter etwa 55 000 Wehrfähige, umfaßt, so ergibt sich, daß auf jeden 23. Einwohner (Frauen, Kinder und Greise mitgerechnet) und fast auf jeden zweiten Wehrfähigen ein eingetauschtes Gewehr entfällt. Die erfassten und vernichteten Gewehre hätten zur Bewaffnung eines kriegstarken Armeekorps ausgereicht. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß im Jahre 1919 der Reichswehrgeneral Raupach im Freistaat bereits eine Entwaffnung durchgeführt hatte.

Abgesehen von den Waffensubden bei Helmstedt und Frellstedt, wo Einwohnerwehren ihre Gewehre und Handgranaten in Kästen vergraben halten, sind größere Waffenslager im Staatsgebiet nicht festgestellt worden. Nach vorliegenden Meldungen sollen illegale Waffen zum Teil ins Preussische geschafft worden sein, da die Betreffenden zu der Ueberzeugung gekommen waren, daß im Freistaat Braunschweig für derartige Depots keine genügende Sicherheit bestehe.

Jagow und Trebitsch-Lincoln.

Wiederum ist zwei Kappisten große Freude widerfahren: v. Jagow und Trebitsch-Lincoln befinden sich außer Haftgefahr. Bereits vor einigen Wochen inserierte der Untersuchungsrichter des Reichsgerichts, daß der Steckbrief gegen Traugott v. Jagow erledigt sei. Gleich darauf aber wurde die Meldung, daß das Verfahren gegen ihn auf Grund der Amnestie eingestellt worden sei, dementiert. Der Widerspruch erklärt sich nach einer Erkundigung der „BoM.“ folgendermaßen: der Steckbrief gegen v. Jagow ist

dadurch erledigt, daß der Verfolgte eine Kaution von 500 000 Mark gestellt hat. Man sieht: das Putsch ist gar nicht gefährlich — man muß nur über die nötigen Mittel verfügen, um sich hinterher von der Untersuchungsjustiz loszukaufen. Wenn die Kommunisten in Mitteldeutschland pro Mann 500 000 Mark gestellt hätten, hätte sie die Justiz natürlich auch auf freiem Fuß belassen. — Wer daran zweifelt, verdient wegen Richterbeleidigung Gefängnis! Vielleicht aber klärt uns der Herr Justizminister noch nachträglich auf, wie es möglich war, mit Herrn v. Jagow über Kaution zu verhandeln, nicht aber ihn in Haft zu nehmen, solange der Haftbefehl bestand. Und werden wir den Prozeß gegen den Putschisten von 1920 noch erleben, nachdem die Putschisten von 1921 bereits abgeurteilt worden sind?

Trebitsch-Lincoln, der würdige Bundesgenosse von Jagows aus den Kapp-Tagen, ist in Wien von der österreichischen Staatsanwaltschaft freigelassen worden, nachdem er auf Veranlassung der tschechischen Behörden wegen gemeinen Betruges verhaftet worden war. Ob er nunmehr als bolschewistischer Agent in Westeuropa, als monarchistischer Agent in Sowjetrußland, als englischer Agent in Deutschland, als deutscher Agent in England oder als gewöhnlicher Hochstapler überall wirken wird, steht zurzeit noch nicht fest. Vorausichtlich wird die Höhe der Angebote entscheidend sein.

Die USP. Bayerns gegen Spitzelaktionen.

München, 17. Mai. (U.) Auf dem zu Pfingsten abgehaltenen Parteitag der USP. teilte der Landessekretär Reichstagsabgeordneter Unterleitner mit, daß die Partei durch die Spaltung fast genau die Hälfte der Mitglieder verloren habe. Abg. Gareis warnte davor, der Bevölkerung durch religionsfeindliche Agitation ins Gesicht zu schlagen, weil man mit der Tatsache rechnen müsse, daß sich ein großer Teil der Bevölkerung zum kirchlichen Staat und zur Religion bekenne. Zu einem Antrag auf Einleitung einer Aktion für die Sozialisierung der Konopolbetriebe und des Großgrundbesitzes erklärte ein Redner, daß bei jeder Gelegenheit nach der Aktion begrüßt werde, wenn es aber darauf ankomme, sei niemand da, der hinter ihr stehe, und die Masse sei nicht gewillt, sich dafür einzusetzen. Die Arbeiterchaft sei müde geworden. Ein Vertreter aus Hof bemerkte, daß der eigentliche Arbeiter bei den Aktionen immer die Prügel bekommen habe, während die Spitzel immer rechtzeitig verschwunden seien. Zur inneren politischen Lage wurde eine Entschließung angenommen, welche die Aufhebung der Einwohnermehr verlangt.

Gegen den Reichsschulgesehtwurf.

Stuttgart, 17. Mai. (U.) Der 29. Vertretertag des Deutschen Lehrervereins begann gestern hier seine Beratungen. Der Vorsitzende Kochl-Berlin begrüßte den Vertreter des Reichsministeriums des Innern, Staatssekretär Schulz, den Staatspräsidenten Hieber, die Vertreter der Universitäten und der befreundeten Verbände und teilte mit, daß der Deutsche Lehrerverein im vergangenen Jahre um 17 000 Mitglieder zugenommen habe und jetzt über 130 000 Mitglieder zähle. Nach der einleitenden Begrüßungsansprache wurde eine Erklärung einstimmig angenommen, in der scharfer Einspruch gegen den Reichsschulgesehtwurf erhoben wird. Ein elfgliedriger Ausschuss soll dem Vorstand zur Unterstützung bei der Bewegung gegen den Reichsschulgesehtwurf beigegeben werden. Zum Schluß der Verhandlungen berichtete Prezel-Berlin über die Beschlüsse der wissenschaftlichen Hauptstelle des Vereins zur Frage der Lehrerbildung.

Der Regierungseintritt der SPD.

Das Echo im Reich.

Jena, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Am Freitag, den 13. Mai, fand im Saale des Gewerkschaftshauses „Zum Löwen“ eine gut besuchte Versammlung statt, welche zu der im Reich neu geschaffenen Lage Stellung nahm. Genosse Leber schilderte die Stimmung, die am 9. und 10. Mai im Reichstage herrschte, um dann des Näheren auf die Annahme des Ultimatums und den Eintritt in die Regierung seitens der Sozialdemokratischen Partei einzugehen. In großen Zügen schilderte weiter der Referent die neuen Forderungen, deren Erfüllung im Bereich der Möglichkeit

Genie und Gewöhnlichkeit.

Raimund in der Volkshöhle.

Ferdinand Raimund hat sich das Leben genommen, obwohl sein Brodber, der Theaterdirektor, natürlich ein geiziger und intriganter Mann, ihm manchen Extragroschen auf den Tisch legte. Der vierhundertste Komödiant trat sich in der Schwermut auf, nicht anders als Grillparzer und Beerthoven und jener in Wien heimlich gewordene belgische Prinz und Philosoph Charles de Ligne, der die Welt des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts mit wihigeren Sprücheln bejahte als selbst der lästige Voltaire. Es raffte zu Anfang des letzten Jahrhunderts diese heimliche Melancholie, als wenn sie die gefährlichste Seuche wäre, die besten, die heitersten Köpfe der Wiener Stadt dahin. Aristische Seelenvergiltung in Capua am Donaustrande.

Nun ist der Fall Raimund besonders wichtig, weil dieser Dichter und Selbstmörder ein Genie des Heiteren und Heilsamen gewesen war. Er trieb, gleich seinem geistigen Väter, dem Honswurt Prebischer, vor dem Wiener Publico und betete, daß man ihn doch Beifall klatsche. Er merkte gar nicht, daß er, trotz solcher Gewöhnheit der Demut, als eigenes, großes Genie auf die Welt kam. Er war das Genie der Banalität, das Genie, das den kleinsten Mann gewinnen darf und noch vom einseitigsten Kinde verstanden wird. Es findet sich fast kein selbsten Bild, fast keine originale Wörse in seiner Dichtung, und dennoch ist alles Kränzung, Gipfel, außerordentliches Gelingen. Es ist eben die geniale Zusammenfassung und Belebung der Kleinbürgerlichkeit, der Konsumantenmoral und friedfertigen Kfingstorgensrömmigkeit. Wie ein Bräutlein mit Schlafmütze und Kutschschleife und Hippantoffeln predigt Raimund. Er tut es aber verführerisch, wie nur die lächelnde Frau.

So wurde er das Genie der Gewöhnlichkeit, die er mit Blut und jähem Galanterie ausstaltete. Wenn der Mensch seine Tugend als appetitliches Frauenzimmerchen in Samthosen vor sich sieht und seine Kasser als mahndendes Eismännlein, so gerät auch der härteste Genietens in Wallung.

Dabei gestalte Raimund das gerade, was die jungen Dichter unserer Zeit so gerne möchten: Er bläst Trägern stücker Begriffe ein so bereichendes Leben ein, daß die allegorischen Figuren wie richtige, packende Menschen sprechen. Man wundert sich, was man vor einem Jahrhundert nicht vermocht hätte, daß Raimund mit einer expressivsten Junge auf uns einwirkte. Er hat das aber gar nicht gewollt. Er hat nur die grobe, gerade Wirkung bedacht und die Kasse des drängenden Direktors. Er durfte sich zum Fertigmachen und Ausfeilen gar keine Zeit geben. Vielleicht ist die Allegorie, die er nach der Ueberlieferung gebrauchte, nur das Mittel, das ihm eine Bescheinigung seiner Arbeit gestattete. Indem er nämlich die moralisch verwickelten Menschen durch Geisterlein von außen ließ, brauchte er sie nicht von innen heraus übermäßig zu erleuchten. Man sieht den herrlichen, blühenden, blühenden Anlauf in seiner Dichtung, man sieht das Verlangen, die Ueberhaft, die Routine, die entsteht, weil dem Sinnenden die Rolle aus der Hand gerissen wird. Er wird das

Genie der Gewöhnlichkeit, seine Arbeit wird das Herumschlappen mit genialen Einfällen.

Daher seine unendlich leichte Hand. Mozartsches meißert in ihm die Stoffe, und der Kapellmeister Josef Krejzler, der nur als abgenutzter Ruffhelfer gebraucht wurde, ist ihm beinahe ebenbürtig in der Kunst, die einschmeichelnde Banalität zu vergeuden. Es scheint, die Dichter, die heute unsere Zeitgenossen sind, hätten Sprache, Ohr und Theaterform verloren, da sie sich umsonst bemühen, die Moralbegriffe, die Gesellschaftsbegriffe und alles andere sozial Bedachte durch Gestalten zu verklären, die Emigleitsrecht verlangen. Raimund beherrscht diese Allegorie, die heute wieder Mode und Ideal ist. Darum finden wir zu ihm auf dem seltsamen Wege der Kränzung. Sagen wir noch, daß es kein ganz sauberes, daß es ein mit Spießigkeit bewuchertes Bog ist. Wir gehen ihn trotzdem lieber, als die dünnen Wüstenspfade, die unsere Zeitgenossen uns zumuten.

Das Jubiläum eines Stiles, der hundert Jahre alt ist und wieder unser Stil geworden ist, wurde gefeiert. Der Regisseur der Volkshöhle, Herr Fehling, tippt, wie Herr Goldberg für Kurt Eisner an der gleichen Stelle tippt hat. Und indem Herr Fehling beinahe altsenienerisch im Schilfenerzauberlidenstille Materie, Kleidung und Tonfall bestimmt, zeigt er, daß die Quelle dieses gegenwärtig so umstrittenen Expressivismus eine beinahe vergessene, eine sogar verächtliche Kunstwelt ist.

Guido Herzfeld singt mit seiner gebrochenen Stimme. Er stellt sich in die bunten Reiche der Wiener Honamische und Charakteristiker. Er ist kein unberufener Erbe. Mary Dietrich, Marianne Pratt, Lucie Rannheim und Cläre Rollmann bilden das Weibermärchenwolk, dem die Mannsgeister bedeutend überlegen sind. Wie bedächtig spricht Herr Stahl-Rachbaur das Aitel! Wie teilen sich Günter Hadant und Hans Halden, glänzende Grotesken auch im Körperlichen und Bildlichen, in die Aufgabe, Haß und Neid zu personifizieren! Und Heinz Hilpert, dieser knurrende Galiban Raimunds! Die Volkshöhle hat angeregt und unterhalten, sie hat aber auch eine Dichtung erweckt, vor der ein richtig Aufsehender hunderterteil dachte. Ray Hochdorf.

Nostradamus über das Jahr 1921. Im Weltkrieg sind die Prophezeiungen des Nostradamus, die jetzt über dreihundert Jahre alt sind, häufig zitiert worden. Da sie aber in sehr dunkler Sprache abgefaßt sind, ist es nicht allzu schwer, für jeden Fall das Passende herauszufinden. So hat man jetzt folgende Voraussagen gefunden, die sich auf das laufende Jahr beziehen sollen: 1921 werde, so sagte Nostradamus, ein kritisches Jahr werden. „Die Völker, die ihre ursprünglichen Wege verlassen haben, um die Freiheit zu finden, werden merken, daß sie mehr und mehr verflucht werden, und werden beginnen, sich darüber zu ärgern, daß sie Freiheit und Religion verloren haben. Sie werden die äußersten Linksparteien niederschlagen. Dann beginnt ein goldenes Zeitalter bis 1996. 1921 wird Frankreich wieder Monarchie. Große Ummwälzungen geschehen in der Regierung der Staaten. Die Reueburg, die dahin vor sich geht, ist zum Teil einer großen und mächtigen Persönlichkeit zuzuschreiben, die wahrscheinlich aus dem nördlichen Frank-

reich kommt und einem alten Geschlecht angehört, das man für ausgestorben hielt. In diesem Jahre werden Frieden und Einigkeit unter den Völkern eintreten, die die Schranken brechen werden, die ihre Regierungen errichtet haben.“

Stierkämpfe in Frankreich. Daß die Stierkämpfe an verschiedenen Stellen in Frankreich ein nicht weniger beliebtes Volksschauspiel darstellen als in Spanien, ist noch sehr wenig bekannt. Dabei handelt es sich nicht nur um Orte wie Biarritz und Bayonne, die nahe der spanischen Grenze liegen, so daß das Uebergreifen dieser barbarischen Sitte noch verständlich wäre; vielmehr ist man fast an der gegenüberliegenden Grenze, im Rhonetal mit ebenso großer Leidenschaftlichkeit beim Spiel. Manche Schaustellungen mögen harmlos verlaufen; es gibt solche, an denen sich alle einigermassen beherzte Männer beteiligen, um einen Geldpreis zu erlangen, und es kommt hier auch nicht darauf an, daß der Stier getötet wird. Von anderen Stierkämpfen aber heißt es, daß sie eher noch wilder wären als jenseits der Pyrenäen. So berichtet jetzt ein englischer Korrespondent aus Nimes, daß diese kleine Stadt ganz unter dem Zeichen der Vorbereitung großer Stierkämpfe steht. Es werden in der großen römischen Arena abgehalten, die hier wie in verschiedenen Städten der unteren Rhone durch die Jahrhunderte hindurch bestehen geblieben ist. Es sollen sechs andalusische Stiere getötet werden, und man erwartet, daß zu den 80 000 Bewohnern der Stadt mindestens ebensoviel Zuschauer aus der Umgegend hinzukommen. Die Matadore, die den Stier zu töten haben, nachdem er genügend in Blut versetzt ist, müssen bei diesen Kämpfen ihre Arbeit auf den Knien verrichten, und die geringste falsche Bewegung bedeutet für sie den Tod. Bei einem der letzten Stierkämpfe in Nimes wurde sogar eine Frau, die vor dem wütenden Stier als Statue posieren wollte, schwer verwundet; daß sich hier auch Frauen beteiligen, bleibt den Franzosen als Besonderheit vorbehalten. Interessant ist übrigens die Bemerkung, daß diese Stierkämpfereien einen erheblichen Teil des Einkommens auch aus dem unfernen Monte Carlo beziehen und daß sie ihre Porten schließen können, wenn man dort die Porten der Spielhölle nicht mehr öffnet.

Die Auskürung „Das Deutsche Volk“, die im vorigen Jahre in Frankfurt a. M. mit ungewöhnlichem Erfolge verankert wurde, wird im kommenden Herbst in Berlin, von der Lesing-Hochschule unterstützt, von der Leipziger „Gesellschaft für Auslandsbuchhandel“ in neuer Ausdrückung wiederholt werden. Die Zusammenstellung der einzelnen Abteilungen haben übernommen: Prof. Dr. Oster Sie, Oberstleutnant Dr. Blantenberg, Dr. Paul Günther, Univ.-Prof. Dr. Max Herrmann, Präsident des Stadttheaters Leopold Reiner, Dr. Bogdan Krüger, Dr. Susan Wang, Rich. Stahl, Fedor v. Jodelitz u. a. Die Leitung liegt in den Händen von Dr. Ludwig Levin.

Bund entschiedener Schulreformer. Am Erlage U. Schweißke, Berlin W 30, erscheinen soden zwei neue Hefte zur entschiedenen Schulreform: Aranz Hiller: „Kunst und Schule“ (die Forträge der Konferenz Dimeislerstagung, Preis 4 M.) und Paul Dettreich: „Die elementare Einheitschule: Lebens- und Produktionschule“, Preis 2 M. In allen Buchhandlungen und beim Verlag erhältlich.

Groß-Berlin

Die Rücksichtsvollen.

Auf dem Saitter Vorortbahnhof drängen sich die Menschen. In langen Reihen stehen sie vor den Fahrkartenschaltern und die meisten warten sehr ungeduldig auf ihre Abfertigung. Auf dem Bahnsteig selber aber steht gewöhnlich vor dem Abgang eines Zuges ein Wettlaufen ein. Dann folgen Schimpfworte und Ellenbogen schießen brutal Platz. Rücksichtnahme ist eine große Seltenheit. Aber der Eisenbahnverwaltung ist zuweilen Rücksichtnahme nicht unbekannt und sie ist sich ihrer Pflicht gegen die Kriegsbeschädigten sehr wohl bewußt. In jedem Zuge finden wir ein Abteil, das ausschließlich zur Benutzung für Kriegsbeschädigte bestimmt ist. Aber leider ist es meist von anderen Leuten bis auf den letzten Platz besetzt.

Erreicht da kurz vor Abgang eines Zuges ein Kriegsbeschädigter das durch das bekannte Schild bezeichnete Abteil und klettert mit Mühe und Not hinein. Es ist nicht von jungen schwaghenden und sichernden Burschen und Mädchen besetzt. Niemand von ihnen steht auf. Der Krieg, der ist schon lange her, das ist ja schon bald gar nicht mehr wahr. Kriegsbeschädigte — nun, das sind Männer, die auf Damen Rücksicht zu nehmen haben, das gehört sich so. Besonders in den Kurven macht es dem Ärmsten große Mühe sich festzuhalten, aber niemand bietet ihm Platz an, im Gegenteil, entläßt sich über das Benehmen der Sitzenden. Verächtliche, spöttische Bemerkungen antworten ihm. Endlich, in Pantow steigt ein Teil der rüpelhaften Gesellschaft aus, und der alte Herr sorgt dafür, daß der Kriegsbeschädigte zunächst einen Sitzplatz erhält. Er selbst bleibt stehen. Da bietet ihm denn auch ein Mädchen seinen Platz an. Es ist ihm wohl das Angehörige dieser Handlungsweise zum Bewußtsein gekommen.

Aber der alte Herr wehrt leicht ab und sagt ganz freundlich: „Bleiben Sie ruhig sitzen, ich kann stehen, ich fühle mich noch so jung. Die Greise sind ja jetzt scheinbar alle bei Jugend. Aber Sie sollten sich doch etwas schämen.“

Der Kriegsbeschädigte jedoch murmelte leise: „Ja, das ist auch ein Dank des Vaterlandes.“

Mord oder Selbstmord?

Ein neuer geheimnisvoller Leichenfund beschäftigt die Kriminalpolizei. Im Jagen 98 im Grunewald wurde die Leiche eines unbekanntes Mannes aufgefunden. Der Tote hatte einen Strich um den Hals und starke Blutspuren am Kopf. Papiere oder Wertgegenstände wurden bei ihm nicht vorgefunden. Allem Anschein nach ist der Tod schon vor mehreren Tagen eingetreten. Ob ein Selbstmord oder Verbrechen vorliegt, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Die Kriminalpolizei ist mit der Untersuchung beschäftigt.

Soll die Hege Erfolg haben?

Die gegen den Studienrat von Lautwiger Realgymnasium, Genossen Dr. Drostowski, von reaktionärer Seite seit langem betriebene Böhlerlei hat ein erstes Ergebnis gebracht. Jetzt wird gemeldet, daß er „im Interesse des Dienstes“ auf seinen Antrag nach Anhörung des Bezirksamtes Steglitz vom Provinzialschulkollegium zunächst bis 1. Juli beurlaubt worden sei. Wenn diese Nachricht in allen Punkten zutrifft, hätte Genosse Drostowski selber auf seine einstweilige Beurlaubung hingewirkt, die dann das Provinzialschulkollegium als „im Interesse des Dienstes“ liegend verfügte. Seine Gegner gehen aber aufs Ganze und suchen seine vollständige Beseitigung zu erzwingen. In der Bezirksversammlung Steglitz hat die Deutsche Volkspartei einen Antrag eingebracht, der Drostowskis Verlegung auf eine andere Anstalt fordert. Angeblich hätten reaktionäre Eltern sich unruhig, wenn Drostowski länger an dieser Anstalt tätig sein darf. Wegen seiner pädagogischen Tätigkeit ist nichts Stichhaltiges vorzubringen. Aber er ist Sozialdemokrat — das erklärt den Haß gegen ihn.

Der Briefkastenwarter in Uniform.

Ein Dieb, der sich auf eine eigene Art in den Besitz fremder Briefe setzte, wurde vom Kriminalpostdienst entlarvt als ein früherer Postkassierer Willibald Wachsall aus der Feurigstraße, der wegen Unregelmäßigkeiten aus dem Dienste entlassen worden war und sich beschuldigungslos in Berlin aufhielt. Wachsall besaß noch eine alte Postuniform. In dieser stellte er sich im Westen Berlins, am Kurfürstendamm, auch in Schöneberg und Charlottenburg, wo er überall größere Werte in den Briefkästen vermutete, bald hier, bald da an einem Kasten auf. Den Leuten, die nun mit Sendungen kamen, besonders Geschäftsleuten, erzählte er, der Briefkasten sei nicht in Ordnung, und er sei deshalb von der Postverwaltung beauftragt worden, die Sachen von den Absendern in Empfang zu nehmen, um sie nach dem Amt zu bringen. Statt dessen jedoch nahm er alles, was ihm so in die Hände geriet, mit und leerte später die Briefe. Von den Sendungen, die keinen nennenswerten Inhalt hatten, nahm er wenigstens die Marken herab. Die markellosen Briefe steckte er dann zum Teil wieder in einen anderen Kasten hinein. Dadurch kam ihm die Kriminalpolizei auf die Spur. Die Beamten der Postdienststelle, die auf Diebe schafften, die mit Jagen und ähnlichen Wertgegenständen die vollen Briefkästen zu plündern pflegten, erwischten auch den falschen Kassierer und nahmen ihn fest.

Das Treiben Wachsalls gibt Veranlassung, das Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß es durch Anweisung der Postverwaltung den Beamten streng untersagt ist, beim Entleeren der Briefkästen Sendungen von Leuten, die gerade nach zukommen, in Empfang zu nehmen. Jeder, der in Postuniform den Absendern am Briefkasten Sendungen abnimmt, ist also ein Schwindler. Des Publikums sollte von dem Auftreten dieser Warden sofort die Kriminalpostdienststelle in der Friedrichstraße 129 benachrichtigen.

Weitere Opfer der Spiritusdetonation.

Die große Spiritusdetonation in der Weinmeisterstraße 2a, gegenüber dem Sophien-Gymnasium, hat bis jetzt drei Menschenleben gefordert. Der sofort Getötete war ein Arbeiter B. Bohn, Wilhelmstr. 2a. Im St.-Hedwigs-Krankenhaus liegt nur noch schwerer danieder der Arbeiter und Student R. Bloßki, Postentaler Str. 22. Ihren schweren Verletzungen erliegen dort die beiden Arbeiter Albert Gottlieb (nicht Gottlieb Albert) und J. Gottschalk, ein ehemaliger Student aus Lody, Bergstr. 11. Die eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß der Inhaber Ernst Friedrich dort im 1. und 2. Stock eine Schnapsbrennerei eingerichtet hatte, in der seit einigen Wochen die Schnapsbrennerei im großen betrieblich wurde, ohne daß man Verdacht schöpfte. Durch Vergären von Getreide, Malz usw. wurde dort unter Zuzug von Getreidehefe eine Art von dickem, hochprozentigem Bier, das man als ein Malzextrakt bezeichnen kann, hergestellt. Man fand noch etwa 14 große Bottiche mit solchem Malz bis oben an den Rand angefüllt vor. Der Inhalt wurde natürlich mit allen übrigen Vorräten beschlagnahmt. Der Spiritus wurde mittels Destillation aus dem Malzextrakt hergestellt. Ein höchst einfaches und lukratives Verfahren, das angeblich schon in zahlreichen geheimen „Schnaps- und Spiritusbrennerien“ angewandt wird. Daß diese geheimen Schnapsbrennerien höchst gefährliche Betriebe

darstellen, haben schon mehrfache Brände und Explosionen bewiesen.

Ein Dampferzusammenstoß auf der Obersee ereignete sich am Pfingstsonntag. Ein Dampfer der Reederei Langwaldt u. Schmolte, der von Krampenburg bei Schwelm kam, wurde von einem andern Dampfer in stets gleichbleibender Geschwindigkeit begleitet. Dieser bog bei Moerens Blumengarten etwa fünf bis sechs Meter vor dem ersten nach links ab, um nach der Lärrei zu fahren und fuhr dabei dem dicht mit Passagieren besetzten Dampfer der Langwaldt-Reederei in die Seite, so daß Fensterstößen zerbrachen, Balken und Gitter verbogen wurden. Nur der Besonnenheit des Führers ist es zu danken, daß die Passagiere mit dem Schrecken davonkamen.

Der Tod eines Wächters beschäftigt die Kriminalpolizei. Auf dem Hofe des Grundstücks Wilhelmstraße 98 wurde gestern morgen der 37 Jahre alte Wächter Hugo v. d. Herzberg aus der Badischen Str. 46 mit einer Schußwunde tot aufgefunden. Nach dem Befunde liegt ein Unfallsfall oder ein Selbstmord vor. Die Leiche wurde zur Obduktion beschlagnahmt und nach dem Schaulauf gebracht.

Gerechtigkeits für Oberschlesien. Ueber dieses Thema wird heute nachmittag um 5 Uhr in drei großen Protestveranstaltungen in der Philharmonie (großer Saal), Bernburger Straße, in den Epichern-Sälen (Brachsal des Bestens), Epichernstr. 3 und im Lehrervereinshaus am Neugendlerplatz von Politikern der verschiedensten Parteien gesprochen werden.

Kohlsabgabe und freie Kohlenabschnitte. Wie das Kohlenamt Berlin mitteilt, dürfen infolge größerer Lagerbestände in Gasnustöcken in der Zeit bis zum 30. Juni für jeden Haushalt gegen Vorlegung der Kohlenkarte bis zu 10 Zentner Gasnustocks von einem beliebigen Kohlenhändler entnommen werden. Der Kohlenhändler hat die abgegebene Kohlenmenge auf der Rückseite der Kohlenkarte zu vermerken. Eine Abrechnung von Kohlenartenabschnitten ist unzulässig. Gleichzeitig werden zur Belieferung freigegeben: Auf Kohlenbezugschein für Zentralheizungsanlagen, für Geschäftsräume der Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Kirchenbehörden, der Berufsvereinigungen und Krankenhäuser, sowie der Räume von gemeinnützigen Speiseanstalten und Hospizen 20 v. H., für öffentliche und private Schulen 20 v. H., für Krankenhäuser um 20 v. H., für Kirchen um 10 v. H., für alle übrigen Verbraucher 20 v. H. Auf Kohlenbezugschein für Warmwasserbereitungsanlagen nur in Gasloks 10 v. H. der im Bezugschein festgesetzten Kohlenmenge. Auf Kohlenbezugschein für Dampfbrennerei für die im § 52 der Verordnung des Magistrats Berlin vom 30. März 1921 genannten Verbraucher erfolgt keine weitere Freigabe. Ferner teilt das Kohlenamt Berlin mit, daß bereits vom Sonntag, den 15. Mai, ab der Betrieb der Sammelheizung bis auf weiteres verboten ist.

Das Rose-Theater hat ein von Leo Kautner und Hans Lorenz verfasstes Volksstück „Was die Schwablen nisten“ unter der geschickten Regie von Emil Bessing herausgebracht. Für das Volk sollte das Beste gerade gut genug sein. Was hier gezeigt wird, ist nichts anderes als ein in vier Akte gepreßter Hintertreppenroman. Wenn zum Schluß geradezu begeistertes Beifall einsetzt, so geht er lediglich dem famosen Zusammenstoß der Darsteller, von denen Otto Blumenthal besonders hervorzuheben ist.

Frühlingsfest im Zoo. Der Verein Berliner Journalisten veranstaltet zum Besten seiner Wohlfahrtskassen am Sonntag, den 20. Mai, im Parkett und anschließendem Wintergarten des Zoologischen Gartens (Eingang nur Västentor) ein Frühlingsfest in Form eines Film- und Theatervorstellung. Gaisarten zum Preise von 20.—, die zur Entnahme von Kaffee oder Tee einschließlich Gebäck berechtigen, sind an folgenden Stellen erhältlich: Ludwig Corliss, Augustburger Straße 47, Martin Hamburger, Wilmersdorf, Prinz-Regenten-Str. 66, Pichler, Friedenau, Meingauerstr. 8, Richard Richter, Charlottenburg, Schulstr. 1.

Unterrichtskurse für Arbeiter. In den Kursen für Deutsch und Rechnen werden noch Anmeldungen — abends von 7—8 Uhr — entgegengenommen. Am Donnerstag, 19. Mai, in Reußhain, Koller-Friedrichstr. 206/10; am Freitag, 20. Mai, in Nützenbera, Wollstr. 23, und am Sonnabend, 21. Mai, für unsere Berliner Schulen (Hilfsstraße, Kleimstraße, Niederwallstraße) in der Riederwallstr. 12. Jeder Kursus umfaßt 12 Wochen und kostet 4 R. Arbeitslose erhalten Freifahrt.

Der Bund der Gefängnis-, Straf- und Erziehungshilfskassen Deutschlands hält in den Tagen vom 19. bis 21. Mai in den Germania-Restaurants seinen VII. Landesstag ab. Die Verhandlungen werden sich neben den Vorträgen zu Landes- und Organisationsfragen besonders auch mit der neuen Strafvollzugsreform befassen. Außer Vertretern der Regierung werden Abgeordnete verschiedener Parteien der Tagung beizuhaben.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Dienstag, 17. Mai:

7. Abt. Schöneberg. 7 1/2 Uhr bei Groß. Sedanstr. 17, erweiterte Vorstandssitzung. Erscheinen aller Funktionäre notwendig.

Morgen, Mittwoch, 18. Mai:

XI. Abt. Schöneberg. 7. Abt. 8 Uhr im Reichsanstalt der Mädchenkassen, Rathhausstraße, Frauenabend. Vorträge, Gesang, Rezitationen. Schillerisches Gelingen erwartet der Vorstand. Wohl willkommen.

31. Abt. Charlottenburg. Die Frauen der Abteilung, die in der Wohlfahrtskassen tätig sind, werden gebeten, am Mittwoch 7 Uhr im Rathaus, Zimmer 4, vollständig zu erscheinen.

Übungsstunden der SPD-Chöre.

Anfragen sind zu richten an R. Schulz, Charlottenburg, Kirchstr. 30.
Montag, 7 1/2 Uhr: Arbeiterchorverein „Einigkeit“ Buchholz bei Hennig, Hofmeister Str. 56. — Sos. Männerchor Friedrichshagen im „Aurea-Rosino“, Androssstr. 3. — Frauenchor „Frohheit“ Charlottenburg, Anla, Neuenstr. 13. — „Vereinschor“ Sozialwalde. — Wittenau-Tegel bei Schabe, Weißstraße, Ecke Berliner Straße. — Dienstag, 7 1/2 Uhr: Sos. Männerchor Halle'sches Tor in der Aula der 11. Realschule, Weidstr. 91A. — „Saxonia“ Weichensee (8 Uhr). Viktorius, Ecke Alleestraße. — Donnerstag, Männerchor S.W.D. Pantow (7 1/2—10 Uhr) bei Engel, Nützenbera, 45. — Freier Männerchor Reinickendorf (7 1/2—10 Uhr) bei Lindbergh, Weidstr. 120, Ecke Grüner Weg. — Sos. Männerchor Wilmersdorf (8—10) bei Riesenb. Chorweiser, 19. — Freitag, 7 1/2 Uhr: Sos. Männerchor Prenzlauer Tor, Böhm. Brunnen, Prenzlauer Allee. — Männerchor „Harmonie“ Charlottenburg, Wula der Siemens-Bezirksschule, Schloßstr. 27. (Die Übungsstunde dieses Chors fällt in dieser Woche aus.)

Sport.

Die Pfingststradrennen auf der Olympiaebane wiesen an beiden Feiertagen den gewohnten Massenbesuch nicht auf. Auch viele Rad-Sportfreunde haben es vorgezogen, die schönen Pfingsttage weiter draußen vor den Toren Berlins in der freien Natur zu verbringen. Nachstehend die Ergebnisse:

Pfingstsonntag. Preis von Dahlen, 1200 Meter: 1. Vadenbusch, 2. Schulz, 3. Gollfried, 4. Diepel. — Großer Pfingstpreis, 1. Lauf über 60 Kilometer: 1. Aufschloß 50 Min. 56 1/2, 2. Ebert 20, 3. Sawa 49 50, 4. Goll 66 00 Meter zurück. 2. Lauf über 60 Kilometer: 1. Jungheims 48 Min. 53 Sec., 2. Weemann 52 01, 3. Weis 1 00, 4. Krupat 47 10, 5. Stabe 2 20 Meter zurück. — Preis vom Kurfürstendamm 1200 Meter: 1. Krabner, 2. Amort, 3. Behrendt, 4. Reimold. — Mannschafts-Werkschlagrennen über 15 Runden: 1. Dahnke, 2. Reimold, 3. Linfert, 4. Otto, 5. W. 24 Sec., 2. Perri, 3. Stopp, 4. Seel, 5. Zimmermann, 6. Ehler, 7. Schöner, 8. Stolz, 9. Döler, 10. Diep.

Pfingstmontag. Großer Pfingstpreis, Entschiedenlauf über 1 Stunde: 1. Ebert 71, 580 Kilometer, 2. Saldow 69, 890 Kilometer, 3. Jungheims 69, 880 Kilometer, 4. Weemann 61, 740, 5. Aufschloß, 56, 590 Kilometer. — Preis von Steglitz, 60 Kilometer: 1. Krupat 41 Min. 57, 2. Sawa 1 00, 3. Behl 3 40, 4. Stabe 6 00, 5. Goll 12 00 Meter zurück. — Punktefahren, 50 Runden: 1. Vadenbusch 46, 2. Schulz 38, 3. Kendebacher 28, 4. Perri 21, 5. Behrendt 21, 6. Müller 13, 7. Weemann 17 Punkte. — 3-Meilen-Sprint, 3 Runden: 1. Krabner-Weis 3 Min. 28 Sec., 2. Reimold-Schulz, 3. Behrendt-Stolz, 4. Kendebacher-Weemann, 5. Gollmann-Vadenbusch. — Entschiedenlauf über 2 Stunden: 1. Gollfried, 2. Rops, 3. Freiwald, 4. Seel.

liegt, sobald die Besthenden das ihnen zukommende Maß der Lasten zu tragen bekommen. Weiter wies er nach, wie notwendig unter diesen Umständen der Eintritt der Sozialdemokraten in die Reichsregierung war, die auch eine Umänderung der Regierung in Preußen im Gefolge habe. Nach der Diskussion, die sehr roge war, wurde folgende Entschliebung einstimmig angenommen:

„Die Sozialdemokratische Partei in Jena heisst die Annahme des Ultimatums gut. Die Sozialdemokratische Partei hat damit im Gegensatz zu den vereinigten Deutschnationalen, Deutschsozialparteilern und Kommunisten die Zerstückelung des Reiches und Arbeitslosigkeit in riesigen Ausmaße verhindert. Um das Ultimatum zu erfüllen und der Arbeiterschaft der alliierten Länder den festen Willen der deutschen Arbeiterschaft zum Wiederaufbau der verwüsteten Länder zu dokumentieren, war der Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung notwendig. — Die dringendsten Notwendigkeiten der inneren Politik, die Demokratisierung der Verwaltung, die Reform der Rechtsprechung an Haupt und Gliedern, die Entlohnung der Einwohnerwehren und die Ausführung durchgreifender Besteuerung des Besitzes sind die unumgänglichen Erfordernisse der Regierungspolitik des Reiches. Würden der Sozialdemokratie bei Durchführung dieser Aufgaben Widerstände entgegengebracht, die die gesunde Klassenkampfpolitik in Frage stellen, so haben die Sozialdemokraten aus der Regierung auszutreten.“

Die erste Goldmarkzahlung.

Wie von zuständiger Stelle auf Anfrage mitgeteilt wird, hat die Regierung als erste Abschlagszahlung auf die innerhalb 25 Tagen fällige Milliarde Goldmark eine Rate von 150 Millionen fast ganz in ausländischen Devisen vorgeschlagen. Dieser Betrag steht zur Verfügung und wird überwiesen werden, sobald die Reparationskommission die Empfangsstelle genannt hat. Vor Ablauf der Frist wird noch eine weitere Zahlung in bar erfolgen, der übrige Teil in Schatzwechseln.

Frankreich gegen Lloyd George.

Paris, 17. Mai. (W.B.) Zur gestrigen Erklärung Briands sagt „Matin“: Was wird sich nun ereignen, da der französische Ministerpräsident den unüberlegten Äußerungen Lloyd Georges die These der Vernunft entgegengekehrt hat? Wenn Deutschland, auf die Anregungen des englischen Premierministers vertrauend, glaubt, mit Wassengewalt in Oberschlesien intervenieren zu können, dann werden die französischen Truppen ins Ruhrgebiet einmarschieren. Das hat Briand nicht gesagt, aber wir befürchten es, weil es unmöglich anders sein kann. Wie werden Deutschland nicht gestatten, seine Kräfte gegen Polen zu erproben, wir werden nicht den Krieg in Mitteleuropa entfachen lassen. Die alliierten und assoziierten Regierungen sind übrigens gescheit von dem französischen Standpunkt in der oberschlesischen Frage in Kenntnis gesetzt worden. Unsere Politik kann nicht von den Schwankungen Lloyd Georges abhängen. Wir haben für uns das gute Recht, den gesunden Menschenverstand und die Kraft. Auf uns ruht die Verantwortung für die Ordnung in Europa. Wie werden ihr Respekt verschaffen mit oder ohne Lloyd George.

Berlinag schreibt im „Echo de Paris“, die milde Rede des Herrn der Downingstreet habe bewiesen, daß er augenblicklich nicht genügend Kaltblütigkeit besitze. Es sei also gut, ihm Ruhe zu geben, damit er wieder Sinn gewinne für das Maß, das ihm in seinen besseren Tagen eigen gewesen sei. Ein wenig Ruhe und Erholung sei nötig, eine Golfpartei auf grünem Rasen unter friedfertigen Himmeln. Berlinag ist übrigens nicht von den gestrigen Erklärungen Briands erbaut. Er will nicht, daß er in Leidenschaft und Unklugheit mit seinen englischen Kollegen rivalisiere. Er habe von ihm eine klare These und einen bestimmteren Ton erwartet. Das gesamte Industriegebiet müsse Polen zugeweiht werden, weil die Polen 251 000 Stimmen, also 80 000 Stimmen mehr als ihre Gegner erzielt hätten. (1) Die Stimmen in den deutschen Städten kämen von keiner autochthonen Bevölkerung, sondern von Eingewanderten. Diese Gedanken müsse man popularisieren, damit der französisch-englischen Freundschaft eine unangenehme Belastungsprobe erspart bleibe.

André Bessere meint im „Journal“, es sei notwendig, zu wissen, daß Frankreich und die französische Kammer die Ansicht nicht wechseln und forsicheren werde zu glauben, die Volksabstimmung habe Polen das Industriegebiet zugesprochen trotz des Eingreifens von 180 000 eingewanderten Deutschen.

Weiter erklärt „Journal“, Lloyd George sei dürftig veranlagt, er habe wenig gelesen, wenig gearbeitet und, fast möchte man sagen, wenig gedacht. Seine Rede sei bloß ein Phantombild, das man nicht ernst nehmen könne.

„Petit Journal“ sagt, man werde in der gestrigen Erklärung Briands vergeblich nach dem Ausdruck einer anderen Leidenschaft suchen, als der der Gerechtigkeit, aber Frankreich könne nicht dem Chef der englischen Regierung das Monopol zugestehen, den Friedensvertrag in dem Fall zu interpretieren, in dem er Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten gebe. Frankreich könne sich nicht durch Lloyd George die Hände binden lassen. Die oberschlesische Frage sei viel zu ernst, um in einer Atmosphäre der Leidenschaft und des Fiebers geregelt werden zu können.

„Gaulois“ meint, niemand werde begreifen, daß Lloyd George einen derartigen Augenblick gewählt habe, um seinen dem französischen entgegengekehrten Standpunkt öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Könne ihm doch nicht unbekannt sein, daß er dem Gegner Waffen liefere und daß er eine Meinungsverschiedenheit unter den Alliierten aufzeige, an der er ein überlegendes Interesse gehabt hätte, sie nicht zu unterstreichen.

„Deuxième“ erklärt durch den Mund seines Herausgebers Gustav Terry, während der Konferenz in London habe eine Depesche besagt, England habe Frankreich autorisiert zu mobilisieren, Frankreich habe also England ergebenst um die Erlaubnis bitten müssen, respektiert zu werden. Er habe sich gefragt, ob man diesen für die nationale Würde beleidigenden Ausdruck nicht festnageln müsse. Vorgestern nun habe Lloyd George den Augenblick für gekommen gehalten, um Frankreich ausdrücklich zu verstehen zu geben, und er habe das mit einer so gewollten Inkonsequenz gemacht, daß sie einer Provozierung ähnele. Ganz Frankreich stehe heute hinter Briand, der sich beeilt habe, die Antwort zu geben, die die nationale Ehre erfordere.

„Homme Libre“ schreibt, jeder vernünftige Franzose, der die Rede Lloyd Georges gelesen habe, werde sagen: Das ist vielleicht ein sehr intelligenter, ein sehr geschickter und sehr starker Mann, aber er ist ein Tölpel (maître).

Im „Populaire“ sagt Charles Souquet, seit vielen Jahren habe man in der bürgerlichen Presse noch keinen solchen Haß und solche Zornesausbrüche gegen die geliebten Verbündeten jenseits des Kanals feststellen können. Die Rede Lloyd Georges gegen den polnischen Chauvinismus habe einen wahren Wutausbruch bei den meisten der großen Blätter hervorgerufen, die sich anmaßen, im Namen der öffentlichen Meinung Frankreichs zu sprechen. Niemand sei der arbeitenden Klasse und dem Sozialismus eine so gebieterische Pflicht erwachsen, darüber zu wachen, daß der Weltfriede nicht gefährdet werde.

